

völkerung noch beharrlicher die Perspektiven unserer sozialistischen Entwicklung zu erläutern.

Die konsequente Friedenspolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates und des gesamten sozialistischen Lagers sowie die auf die Hebung des Wohlstandes der gesamten Bevölkerung gerichteten Maßnahmen unserer Regierung wurden von der Mehrheit der Angehörigen der Religionsgemeinschaften anerkannt und aktiv unterstützt. Eine ständig wachsende Zahl von Geistlichen in der Deutschen Demokratischen Republik erkennt, daß die Politik unserer Partei und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Erhaltung des Friedens dient. Es gibt viele Pfarrer, die aktiv in der Friedensbewegung und in den Ausschüssen der Nationalen Front mitarbeiten.

Die atomare Aufrüstung der westdeutschen NATO-Armee veranlaßte auch kirchliche Vertreter aus beiden deutschen Staaten, sich von der Politik der Atomkriegsvorbereitungen Adenauers und damit von den Bestrebungen des NATO-Flügels in der eigenen Kirchenleitung zu distanzieren. Das fand seinen Ausdruck in den Erklärungen evangelischer Pfarrer und Theologen auf ihren Tagungen im Juni 1957 auf der Wartburg und Ende Februar 1958 in Wittenberg sowie in den Forderungen der westdeutschen evangelischen Bruderschaften und dem Auftreten kirchlicher Vertreter auf Kundgebungen gegen den Atomtod in Westdeutschland. Es wird deutlich, daß die Anhänger der Adenauer-Politik in den Leitungen der Kirchen immer mehr in die Isolierung geraten.

Mit der Behauptung, unser Staat führe einen „Kirchenkampf“, versuchten die reaktionären Vertreter in den Leitungen der Kirchen, in der Bevölkerung unserer Republik Mißtrauen gegen die Politik der Regierung und die Perspektiven des sozialistischen Aufbaues zu säen. Damit sollten außerdem ihre laufenden Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates einzumischen, verschleiert werden. Dies geschah vor allem in den Fragen der Volksbildung und der Erziehung unserer Jugend.

Unsere Staatsorgane haben sich durch diese herausfordernde Haltung nicht ablenken lassen. Sie haben nichts unversucht gelassen, die Beziehungen zu den Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik zu verbessern. Beharrlich und konsequent hat unsere Regierung nachgewiesen, daß die Kirchen in der Deutschen Demo-